

Ein Stuttgarter Grünen-Politiker wirft der Initiative »Selbstanmaßung« und mangelndes »demokratisches Bewusstsein« vor.

im großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses. An Ende stünden allzu häufig Entscheidungen gegen die Interessen der Stadtbe-wohner, wie teure Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte und der Verkauf von Wohnungen an Private. Gruber: »Demokratie aber ist, wenn alle entscheiden, was alle betrifft.« Das könne ein BürgerInnenparlament leisten, das mit einem eigenen Budget ausgestattet ist und basisdemokratisch entscheidet.

In Arbeitsgruppen diskutierten die Versammelten über Transparenz und Legitimation eines solchen Parlaments, über die Frage, ob Entscheidungen per Mehrheit oder im Konsens zustande kommen müssen. Am Ende einigte man sich darauf, in den nächsten zwei Monaten einen weiteren Konvent einzuberufen, um das Projekt intensiver zu diskutieren. Alena Boeken und Carmen Stanek waren zufrieden. Die Stuttgarterinnen wollen sich weiter engagieren, denn, so Stanek: »Ich sehe so ein Parlament der Bürger als eine Zwischenstation, um Druck auf den Gemeinderat auszuüben. Die Volksvertreter vertreten uns nicht mehr. Das muss man ihnen klar machen.«

Einer dieser Volksvertreter ist Werner Wölfle, Grüner und Bürgermeister für allgemeine Verwaltung. Er wirft der Initiative BürgerInnenparlament in einer Pressemitteilung »Selbstanmaßung« vor und spricht ihr »demokratisches Bewusstsein« ab. Die Grünen, die seit Kurzem mit Fritz Kuhn in Stuttgart den Oberbürgermeister stellen, haben sich mehr Bürgerbeteiligung auf die Fahnen geschrieben. »Aber das soll in den bestehenden Strukturen passieren«, erklärt die Soziologin Annette Ohme-Reinicke, die den Konvent beobachtet hat. Sie sieht den Versuch, neue Politikformen unabhängig von Parteipolitik zu etablieren, als Bedrohung für die Parteien. »Werner Wölfle hat das verstanden.«